

Hilfe für behinderte Flüchtlinge CHRONIK Seite 9Tennisspielerin Novotna ist tot SPORT Seite 10

derStandard.at/Inland



Derzeit gelten nur 53 Prozent der Studierenden als prüfungsaktiv, 24 Prozent schließen ihr Studium in der Regelstudienzeit ab. Die Rektoren fordern eine Systemänderung.

Foto: picturedesk.com / Visum / Jens Neumann

Schärferes Studienrecht gegen Langzeitstudenten

Lisa Kogelnik

Wien – Oliver Vitouch hat eine Idee für ein neues Weltkulturerbe. „Studieren auf Österreichisch“ nennt der Präsident der **Universitätenkonferenz** das System, in dem Studierende Prüfungen bis zu viermal wiederholen können und „jahrelang einfach nicht zur Prüfung antreten, ohne jegliche Konsequenzen“. Zudem gebe es hierzulande die Möglichkeit, beliebig viele Studien an so vielen **Universitäten** wie gewünscht zu inskribieren. „Das heißt aber nicht, dass Sie irgendwas davon wirklich aktiv studieren müssen.“ Das gebe es in „keinem mir bekannten Universitätssystem auf der Welt“.

Ernst gemeint ist der Vorschlag für ein Weltkulturerbe natürlich nicht. Der **Rektor** der Alpen-Adria-Universität in Kärnten will bei der Pressekonferenz am Montag damit vielmehr verdeutlichen, wie nötig aus seiner Sicht eine Reform des Studienrechts ist. Die-

se wünschen sich die Rektoren von der nächsten Regierung, die wahrscheinlich von ÖVP und FPÖ gebildet werden wird.

Vitouch fordert eine geringere Zahl der möglichen Wiederholungsprüfungen, das Recht für Universitäten, Studierende zu exmatrikulieren, wenn sie längere Zeit keine Prüfungen machen, sowie eine Begrenzung der Studien, für die man sich anmelden darf.

„Es ist ja eh nicht ernst“

„Die hohe Zahl der Wiederholungsmöglichkeiten führt dazu, dass man es einmal – relativ wenig vorbereitet – probiert, weil es ja eh nicht ernst ist“, sagt der Rektor. Eine Begrenzung auf zwei Wiederholungen ist für ihn vor-

Der Präsident der **Universitätenkonferenz**, Oliver Vitouch, fordert eine umfassende Reform des Studienrechts. Die möglichen Prüfungsantritte sollen weniger werden, und die Universitäten sollen sich von prüfungsinaktiven Langzeitstudierenden verabschieden können.

stellbar. Nach wie vielen prüfungsinaktiven Jahren Studierende von der Uni geworfen werden sollen, darauf will sich Vitouch nicht festlegen. „Das müsste man sich überlegen, wenn man das System insgesamt neu aufsetzt.“ Es sei aber offenkundig, dass es ein Problem gebe, wenn Studierende eine Regelstudienzeit lang prüfungsinaktiv sind.

Als prüfungsinaktiv gilt ein Studium übrigens dann, wenn im Studienjahr weniger als 16 ECTS absolviert werden. Zum Vergleich: Die Studienpläne sind so konzipiert, dass mit 60 absolvierten ECTS pro Studienjahr das jeweilige Studium in Mindeststudienzeit abgeschlossen werden kann.

Tatsächlich ist der Anteil der prüfungsaktiven Studierenden mit 53 Prozent gering. Nur 24 Prozent schließen ihr Studium in der Regelstudienzeit ab. Es habe sich eingebürgert, dass Studierende dreißig oder vierzig Stunden arbeiten und „nebenbei ein oder zwei Studien“ belegen, sagt Vitouch. Insgesamt gebe es ein „Laissez-faire-System, das maximal liberal und frei und fördernd gedacht ist, das aber in erster Linie leider zum Scheitern einlädt“.

Die Rektoren schlagen deshalb erneut vor, ein Teilzeitstudium einzuführen. Die Kategorie „ewig“ solle damit wegfallen. In einem Teilzeitstudium solle es möglich sein, länger für ein Studium zu brauchen als die Regelstudien-

dauer. „Aber um einen definierten Zeitraum länger“ – zum Beispiel soll dann ein Masterstudium nicht zwei, sondern drei bis vier Jahre dauern dürfen. „Aber nicht acht Jahre.“ Das System soll mit zusätzlichen Stipendien unterlegt werden, damit die Studierenden ihre Berufstätigkeit „ein Stück weit zurücknehmen“.

Superbildungsministerium

Nicht unbedingt nötig ist für Vitouch ein eigenständiges Wissenschaftsministerium – zuletzt war dieses mit dem Wirtschaftsministerium zusammengeführt worden. Wichtig sei, dass der künftige Ressortleiter von Wissenschaft, Forschung und Innovation „eine Ahnung hat“. Ein „Superbildungsministerium“, in dem Kindergärten, Schulen und Universitäten zusammengelegt werden, sieht der Rektor kritisch.

Die Nähe zu Forschung, Innovation und Technologie würde so zwangsläufig in den Hintergrund geraten.

IKG-Präsident Deutsch bleibt

Erfolg für Atid, aber Religiöse erstmals in der Mehrheit

Wien – Es war ein klarer Erfolg für Oskar Deutsch, den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG). Seine Liste Atid hat bei der Neuwahl des Kultusvorstandes ihren Stimmenanteil von 28,15 auf 31,57 Prozent ausgebaut und nun acht statt sieben Mandaten im 24-köpfigen Vorstand. Seine Wiederwahl als Präsident ist dank der zugesicherten Unterstützung durch andere Listen sicher.

Aber hinter diesem Zeichen der Kontinuität zeichnen sich im Wahlergebnis dramatische Veränderungen in der kleinen Wiener jüdischen Gemeinde mit ihren rund 7000 Mitgliedern ab. Zwar hat die zweitgrößte Liste, der Verein Bucharischer Juden (VBJ), Atid nicht überholen können.

Aber die Fraktionen, die von den aus der Ex-Sowjetunion stammenden religiösen Wählern und der Ultraorthodoxie unterstützt werden, haben erstmals eine Mehrheit an Stimmen und Sitzen erreicht. Die eher säkularen Juden aschkenasischer Abstammung, die die Wiener Gemeinde nach 1945 aufgebaut haben und von Atid sowie den Listen Chaj und Bund vertreten werden, waren bei dieser Wahl in der Minderheit.

Das liegt vor allem an den viel höheren Geburtenraten bei den Religiösen, wobei in ultraorthodoxen Familien auch zehn oder zwölf Kinder nicht ungewöhnlich sind. Bei der nächsten IKG-Wahl 2022 könnte dies zu neuen Konstellationen führen. (ef)

„Heimatschutz“: Wie Türkis-Blau „aufrüstet“

Forscher sieht sprachliche Entwicklung „ähnlich weit rechts wie in Dreißigerjahren“

Katharina Mittelstaedt

Wien – Die Heimwehr – auch Heimatschutz genannt – sollte in der Zwischenkriegszeit ein Bollwerk gegen die Linken, die Sozialdemokraten, die Juden, das Fremde sein. „Es handelte sich um eine faschistische Organisation paramilitärischer Art, mit der ÖVP und die Deutschnationalen gemeinsam ihre Heimat schützen wollten“, sagt Rudolf Muhr. Der Sprachwissenschaftler der Universität Graz hält es für „ziemlich befremdlich“, dass dieser Begriff nun wieder aufpoppt – und das ausgerechnet durch die türkis-blauen Koalitionsverhandler.

Konkret wurde eines der fünf Hauptthemengebiete „Sicherheit,

Ordnung und Heimatschutz“ getauft. Den Bereich – in den auch der Komplex Migration fällt – verhandeln Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) und der Rechtsanwalt Walter Rosenkranz (FPÖ). Spekuliert wird, ob die neue Regierung das Innenministerium schließlich in „Heimatschutzministerium“ umbenennen könnte.

„Wir erleben eine kontinuierliche sprachliche Aufrüstung in der Politik“, ist Muhr überzeugt. „Zumindest unter der Oberfläche und in sozialen Netzwerken ist die Ausdrucksweise inzwischen ähnlich weit rechts wie in den Dreißigerjahren“, sagt der Germanist. Erkennbar sei das beispielsweise an der häufigen „Unmenschlichmachung“ gewisser sozialer Gruppen

– wenn etwa Flüchtlinge als Schädlinge bezeichnet würden.

Dass ÖVP und FPÖ den Begriff „Heimatschutz“ nun wieder aus der historischen Mottenkiste hervorkramen, hält Muhr für Kalkül: „Das Wort wurde in der Zweiten Republik nicht mehr verwendet, weil es belastet ist“, sagt er. „Jetzt soll damit Angst geschürt werden.“ Schließlich werde signalisiert, dass die Heimat von etwas bedroht wird und Schutz braucht.

Vielleicht hat Türkis-Blau auch Anleihe bei den USA genommen: Dort wurde nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 in New York ein Heimatschutzministerium (Homeland Security) ins Leben gerufen.

Kommentar, Kopf des Tages S. 32